



dbb
beamtenbund
und tarifunion

landesbund
rheinland-pfalz



Verband Reale Bildung
Landesverband Rheinland-Pfalz e.V.



Nr. 1/2022

29.04.2022

Arbeitskreis Bildungs-
gewerkschaften

Corona-Beschränkungen fallen – Probleme in Schulen bleiben Rheinland-Pfalz braucht krisenfeste Schulen!

Adam-Karrillon-Str. 62
D – 55118 Mainz

Postfach 17 06
D – 55007 Mainz

Telefon 06131.61 13 56
Telefax 06131.67 99 95
post@dbb-rlp.de

verantwortlich:
Robert Tophofen
Stellv. Landesvorsitzender

Zum 2. Mai fallen wesentliche Schutzmaßnahmen in den rheinland-pfälzischen Schulen und das Bildungsministerium spricht bereits von einem „normalen Schulalltag“. Durch den Wegfall von Testungen, Quarantänebestimmungen und Maskenpflicht rückt jedoch nur ein Thema etwas in den Hintergrund, welches im Krisenmanagement vor Ort in den Schulen die grundsätzlichen Probleme in den letzten zwei Jahren überlagert hat. „Unsere Schulen müssen krisenfest sein“, so die Forderung der Bildungsgewerkschaften im dbb beamtenbund und tarifunion rheinland-pfalz.

In den Pandemie Jahren sind in den einzelnen Schulen Erstaunliches geleistet und enorme Entwicklungsprozesse angestoßen worden, dies oftmals zum Preis einer Arbeitsbelastung, die weit über die Grenzen des Zumutbaren gegangen ist. Für eine ‚Normalität‘ braucht es entschlossenes Handeln seitens des Bildungsministeriums. In allen Schularten mangelt es an Personal. Zwar konnten mit Ausnahme der Förderschulen zuletzt noch Planstellen besetzt werden, aber selbst mit diesem Personal sind die Schulen nicht zu 100 % versorgt und Reserven für Unterrichtsausfall stehen vielerorts nicht mehr zur Verfügung: Krisenfest sein, erfordert daher eine Unterrichtsversorgung von 100 % plus x.

Die Pandemie hat gezeigt, dass bauliche Maßnahmen ergriffen werden müssen, um gesunde Luft und ein lernförderliches Raumklima zu gewährleisten. Die Klimaveränderungen mit noch heißeren und längeren Sommern zeichnen sich bereits ab und erfordern ein perspektivisches Handeln, denn Zugluft und Brutkastenhitze dürfen nicht dazu führen, dass unsere Kinder und Jugendlichen ihr Potential nicht abrufen können und hinter ihren Möglichkeiten zurückbleiben.

Die Ereignisse in der Ukraine stellen die Schulen vor zusätzliche Herausforderungen, für deren Bewältigung es an ausreichender Unterstützung und Ressourcen derzeit mangelt. „Die Zahl der instabilen Kinder und Jugendlichen mit psychischen Problemlagen steigt deutlich an und dabei fehlt es an Zeit und Personal, um die Ängste und Sorgen mit den Schülerinnen und Schülern gemeinsam aufarbeiten zu können“, so Robert Tophofen, Leiter des Arbeitskreises der Bildungsgewerkschaften. Auch hier schlägt das Fehlen von Lehr- und Betreuungskräften negativ zu Buche.

Die Bildungsgewerkschaften begrüßen die Pläne der Landesregierung, den Schulen vor Ort mehr Freiheit und Spielräume zu geben für die Weiterentwicklung. Ohne mehr Ressourcen und Personal werden die Vorstellungen allerdings nicht umzusetzen sein. Wir Bildungsgewerkschaften werden die Handelnden gerne bei der Lösung der Probleme mit Rat und Tat unterstützen.

pre ss e d i e n s t